

Grünberger Wochenblatt.

Zeitung für Stadt und Land.

Dieses Blatt erscheint in einer regelmäßigen Auflage von 5000 Exemplaren.

Erscheint wöchentlich drei Mal: Sonntag, Mittwoch und Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis in der Expedition 50 Pf., in den Commanditen 60 Pf., durch den Colporteur ins Haus gebracht 60 Pf., bei der Post 65 Pf., durch den Briefträger oder Landboten 90 Pf.

Dieses Blatt erscheint in einer regelmäßigen Auflage von 5000 Exemplaren.

Die Arbeiterfragen

nehmen legt, so kurze Zeit vor Aufhebung des Socialistengesetzes, das allgemeine Interesse mehr und mehr in Anspruch. Jeder arbeitet in seiner Weise an der „Lösung der sozialen Frage“, die doch eben niemals vollständig gelöst werden wird. In Berlin tagen die Socialdemokraten wenigstens sieben mal in der Woche, ohne daß dabei etwas herauskommt. Am Dienstag Abend hat ein Berliner Führer, der Kaufmann Auerbach erklärt, wie es einmal im socialistischen Staate aussehen würde, wählten die Socialdemokraten selbst noch nicht. Sie brauchen's auch nicht zu wissen, und wir erst recht nicht; denn einen solchen Staat wird es nie geben, das Menschengeschlecht müßte denn einmal so entarten, daß es nur noch fähig wäre, die Arbeit zu verrichten, die ihm der Staat durch seine Organe vorschreibt. In Vütlich tagt ein katholischer internationaler Socialcongrès; aber auch dabei kommt nichts heraus. Daß die Kirche die sociale Frage lösen könnte, glaubt unter tausend Arbeitern immer kaum einer. Und als man vorgestern über das Problem des Maximalarbeitstages debattirte, geriet man sich gegenseitig in die Haare, daß man abbrechen und die auf gestern angelegte Debatte über den Minimalarbeitslohn von der Tagesordnung absetzen mußte. Die sociale Frage ist eben nicht so einfach. Je tiefer man in sie eindringt, um so höher wachsen die Schwierigkeiten an, die sie dem bietet, der ehrlich das Wohl der Arbeiter erstrebt und nicht eben bloß ihre Stimmen für egoistische Zwecke fangen will.

Wie es die Arbeiter anzufangen haben, um ein menschenwürdiges Loos zu erringen bezw. zu bewahren, das haben ihnen — wir müssen nochmals darauf zurückkommen — die alten englischen Gewerkvereine gezeigt. Mit Recht können sie von sich behaupten, daß alle Ergründungen der englischen Arbeiter in Bezug auf die Arbeitsdauer und den Arbeitslohn ihnen zu verdanken sind. Besonders die Textilarbeiter und die Bergarbeiter in England, welche durchweg den alten Gewerkvereinen angehörend, haben stets die Staatsbehörde in Lohn- und Arbeitszeit-Streitigkeiten von sich gewiesen und thun dies auch heute noch. Langsam, aber sicher gehen sie vorwärts, lediglich auf sich selbst und die Genossenschaft gestützt. Es sind das Alles gelehrte, tüchtige Arbeiter, die wissen, was sie wollen, und die in ihren Bestrebungen niemals über das Erreichbare hinausgehen, dieses aber auch durch ihre Festigkeit und Ausdauer zu erringen wissen.

Doch auch in England hat sich jetzt die Socialdemokratie eingeschlichen und, wie überall, nicht der tüchtigen, sondern der ungebildeten, ungelerten Arbeiter bemächtigt. Die englischen Socialdemokraten sind so schlau gewesen, die Institution der Gewerkvereine zu adoptiren. Ihre Organisation ist genau diejenige der alten Gewerkvereine, nur eben, daß sich die neuen Gewerkvereine, die sich im letzten Jahre gebildet haben, auf zumeist ungelernete Arbeiter stützen. Mit diesen haben sie nun ein leichtes Spiel, und sie haben sogar in einer Frage — derjenigen des Maximalarbeitsstages — die alten Vereine auf dem jüngst abgehaltenen großen englischen Gewerkschaftscongrès überstimmt. Die Alten wie die Jungen erstreben den achtstündigen Arbeitstag, die Alten durch die bewährte Organisation der Arbeiter selbst, die Jungen auf dem Wege der Gesetzgebung. Der Antrag der Alten wurde mit 181 gegen 173 Stimmen abgelehnt und sodann der Antrag der Jungen angenommen. Man erkennt hieraus am Besten den Unterschied zwischen den „Alten“ und den „Jungen“, oder, wie man unter Anwendung deutscher Bezeichnungen mit Recht sagen kann, zwischen den freisinnigen und socialdemokratischen Arbeitern, da die „Alten“ sich in der That im Parlament durch die liberale Partei vertreten lassen. Die Alten bauen auf ihre Kraft und wissen aus Erfahrung, daß sie sich auf dieselbe verlassen können. Die Jungen sind zu schlaff und zu faul, um sich selbst zu rühren, und da soll denn der Staat für sie eintreten. Daß er es thut, daran ist den Führern nicht einmal etwas gelegen, denn sie wissen sehr wohl, daß sie dann keinen Stoff zur Aufhebung der Arbeiter mehr hätten. Es ist ihnen nicht unbekannt, daß im englischen Parlament nicht zehn Volksvertreter sitzen, die für ihre Forderung stimmen werden. Gleichwohl unternehmen sie diesen lächerlichen Schritt und hindern so die ehrlichen Bestrebungen der „Alten“, aus eigener Kraft den Arbeitern eine Wohlthat zuzuwenden, die sie

doch nimmermehr durch das Parlament erringen können. Die englischen Socialdemokraten wollen so wenig wie die Deutschen, daß es dem Arbeiter gut gehe; denn dann könnten sie ja nicht mehr von der Verheerung der Arbeiter leben.

Inzwischen sind die englischen Socialdemokraten der neuen Gewerkvereine doch noch nicht soweit Herr, daß diese in allen Fragen das socialdemokratische Programm acceptirten. Der socialistische Vorsitzende Matkin vermochte durch die schönste Rede nicht durchzusetzen, daß sein Antrag „kein Candidat zum Parlament solle die Unterstützung der Arbeiter erhalten, der sich nicht für die Verstaatlichung des Grund und Bodens, der Fahrzeuge, Eisenbahnen und aller Productionsmittel erklärt“, angenommen wurde. Von den 457 Delegirten, welche 311 Gewerkvereine mit 1470 191 Mitgliedern vertraten, stimmten nur 55 für diesen Antrag; die große Masse der englischen Arbeiter, auch der „Jungen“, wird also nach wie vor für liberale Candidaten stimmen.

Für die englische Arbeiterwelt wäre es ein großes Unglück, wenn die Socialdemokraten die Führung übernehmen. Denn warum haben denn die Alten so große Erfolge aufzuweisen gehabt? Weil sie maßvoll vorgingen und dabei stets die öffentliche Meinung auf ihrer Seite hatten. Wenn die „Jungen“ auf die Dauer Oberwasser gewinnen würden, dann würde die öffentliche Meinung nicht mehr die Arbeiter unterstützen und dann würden die Letzteren auch das Erreichbare nicht mehr erreichen.

Ähnlich liegt es in Deutschland. Man denke nur an den Grubenarbeiter-Streik im vorigen Jahre. Als die Socialdemokratie ihre Hände noch nicht in demselben hatte, verlief die Bewegung in tadelloser Ordnung, und die öffentliche Meinung — vom ärmsten Mann bis hinauf zum Staatsoberhaupt — stand auf der Seite der Streikenden, deren Erfolg dadurch gesichert war. Als aber die Socialdemokraten sich hineinmischten, da entstanden wüste Unruhen, und die Sympathie für die Streikenden hörte auf. Wenn sich die deutschen Arbeiter in Verbände gleich denen der alten englischen Gewerkschaften zusammenschließen und den Socialdemokraten den Laufpaß geben, werden sie sicher und ebenso geachtet wie ihre englischen Kollegen auf dem einzigen Wege fortschreiten, der eine dauernde Besserung ihrer Lage verbürgt.

Tagesereignisse.

Der Kaiser wohnte auch am Dienstag den Mandvren in Schleswig-Holstein bei. Er begab sich um 8 Uhr zu Pferde nach dem Mandverterrain. Das Dstcorps rückte in der Richtung Agbüll auf Gravenstein vor. Die Torpedodivision des Westcorps griff zeitweise durch Feuer ein. Das in der Reserve stehende Schleswig-Holsteinische Jäger-Regiment Nr. 86, zu dessen Chef die Kaiserin ernannt wurde, paradirte vor den Majestäten. Im weiteren Verlaufe des Mandvers setzten drei Schwadronen Husaren in Pontons, indem sie die Pferde schwimmend an der Reineimittelfahrt, über den Ekenjund, um als Aufklärungs-truppe nach Brodacker vorzugehen. Mittags endete das Mandver unter theilweiser Zurückdrängung des Dstcorps bei Düppel. — Für das gestrige Kaisermandver bei Düppel stand nach der Specialidee das Dstcorps bei Düppel, das Westcorps dicht davor, letzteres durch das Jäger-Regiment Nr. 86 verstärkt. Das Westcorps machte einen Angriff von Norden aus auf die Stellung bei Düppel und wurde hierbei von der Torpedoflotte unterstützt. Die Panzerflotte des Dstcorps anferste beim Wenningbund. Ueber den Verlauf des Mandvers wird berichtet: Um 4 Uhr Morgens begann der Angriff des Westcorps von Norden her auf die Stellung bei Düppel. Die Verteidiger beleuchteten von der Schanze 10 aus das Vorterrain mit elektrischem Lichte. Das Feuergefecht war außerordentlich heftig, das rauchschwache Pulver hat sich gut bewährt. Der Angriff gelang, nach und nach wurden sämtliche Schanzen erstürmt. Der Kaiser befand sich auf dem rechten Flügel des Dstcorps und hielt nach Beendigung des Mandvers bei dem Düppel-Definial in Gegenwart der Prinzen Heinrich und Albrecht die Kritik ab. Der Kaiser reichte dem commandirenden General des 9. Armee-corps, General der Infanterie von Leszczynski, die Hand und hatte eine längere Unterredung mit dem Chef des Kreuzergeschwaders Contre-Admiral Deinhard. Sodann rückten

die Truppen in ihre Garnisonen ab, während sich der Kaiser auf einer Dampfmaschine an Bord der „Hohenzollern“ begab. Die Ankunft des Kaisers in Kiel erfolgte Abends 8 1/2 Uhr. Um 11 Uhr reiste der Kaiser mit Gefolge nach Berlin ab. Heute trifft derselbe bekanntlich in Breslau ein.

Die Kaiserin ist wieder in Potsdam eingetroffen. Vor ihrer Abreise wurde sie vom Kaiser auf dem Mandverterrain zum Chef des Schleswig-Holsteinischen Jäger-Regiments Nr. 86 ernannt.

Kaiser Wilhelm wird am 2. October zur Theilnahme an den Hossagden in Steiermark in Wien eintreffen.

Nach Mittheilungen, die der „Kreuzzeitung“ aus Wien zugehen, steht es fest, daß der Kaiser Franz Josef bei seinem Besuche der deutschen Mandver in Schlesien und bei seinem Zusammentreffen mit dem Kaiser Wilhelm von dem Grafen Kalnoky begleitet sein werde.

Der Kaiser von Rußland wird in diesem Herbst nicht nach Berlin kommen.

Der König von Sachsen hat gestern das Ueberschwemmungsgebiet bei Sandau in Augenschein genommen; heute wird die Dampfschiffahrt auf der Elbe wieder eröffnet.

Der Bestätigung Forckenbeds sollen, wie die „Voss. Ztg.“ sich jetzt berichtet, von keiner Seite, also auch nicht vom Oberpräsidenten v. Uchenbach, Schwierigkeiten bereitet worden sein. Um so besser für Herrn v. Uchenbach. Uebrigens ist die Bestätigung des Herrn v. Forckenbed formell noch nicht erfolgt; doch hat Minister Herrfurth keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie erfolgen wird.

Zur Posenener Erzbischofswahl erfährt die „Germania“ von best informirter Seite, daß der Vatican die Wahlrechte des Capitels zu respectiren und aufrecht zu erhalten gedenkt. Die Regierung wird sich also entschließen müssen, aus einer Wahlliste den neuen Erzbischof hervorgehen zu lassen, oder es werden einfach die jetzigen Capitels-Vicars und Weihbischöfe weiter fungiren.

Ueber den neuen Gewerbesteuergegesetzentwurf verlauten Einzelheiten, auf die näher einzugehen sich noch nicht verlohnt. Aus dem bekannt Gewordenen geht indeß so viel mit Sicherheit hervor, daß Banken, Actiengesellschaften, der Großhandel, große Brauereien und die hohe Finanz höher zur Gewerbesteuer herangezogen werden sollen.

Die früher officiellen Berliner Politischen Nachrichten des Herrn Schweinburg hatten die Grundzüge für die Miquelschen Steuerprojecte mitgetheilt. Nun wird in einer Zuschrift an die „Frei. Ztg.“ erklärt, daß Herr Miquel diese Grundzüge nicht Herrn Schweinburg gegeben habe. Er habe sie mit der Bezeichnung „secret“ bei den verschiedenen Ministerien circuliren lassen. Einer der Beamten ist nun indiscret gewesen und hat sie Herrn Schweinburg zugestellt, vermuthlich doch nicht gratis. Hoffentlich wird die eingeleitete Untersuchung zur Cruirung dieses Beamten führen.

Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Chemnitz geschrieben: Das Krankenkassengesetz hat eine auffallende Vermehrung der unehelichen Geburten in unsern Industrie-Orten zur Folge gehabt, so wohlthätig es auch sonst wirken mag. Der Grund liegt darin, daß die Arbeiterinnen es vortheilhaft finden, eine beabsichtigte Eheschließung bis nach der Geburt des ersten Kindes zu verschieben, um so lange noch in ihrem Arbeitsverhältnis verbleiben und die Krankenunterstützung, die sie als zum Fabrikpersonal gehörige Wöchnerin beziehen, noch mitnehmen zu können. Nach der Verbeirathung müssen nämlich viele dieser Arbeiterinnen die Fabrik verlassen, weil der zu Hause arbeitende Mann alsdann die Frau daheim haben will. Seit dem Bestehen des Krankenkassengesetzes sind in Folge dieser Verhältnisse die unehelichen Geburten, welche bis dahin in den Ortschaften des amts-hauptmannschaftlichen Bezirks Chemnitz im Durchschnitt 13,8 pSt. der sämtlichen Geburten betragen, in einigen größeren Industrie-Orten bis auf 20 pSt. gestiegen. Man verlegt Trauung und Taufe gern auf denselben Tag und findet in dieser Unsitte kaum mehr etwas Anstößiges, da ja das Kind durch die Eheschließung anerkannt wird.

